

Der Polizeipräsident in Berlin
Referat Verkehrsordnungswidrigkeiten
und Bußgeldeinzahlung
Postanschrift
12660 Berlin



Der Polizeipräsident in Berlin, 12660 Berlin

58. [REDACTED].6

Frau

[REDACTED]

[REDACTED] 15

1 [REDACTED] Berlin

Auskunft erteilt: Frau [REDACTED]

Telefon: 030/4664-995 [REDACTED]

Telefax: 030/4664-995 [REDACTED]

E-Mail: (Hinweis: Ein Rechtsbehelf kann per E-Mail
nicht wirksam eingelegt werden.)
Bussgeldstelle@bowi.verwalt-berlin.de

Zimmernummer: [REDACTED]

Datum: 24.07.2007

Sprechzeiten:

Mo - Mi: 09:00 - 14:00 Uhr

Do: 12:00 - 18:00 Uhr

Fr: 09:00 - 12:00 Uhr

Dienstgebäude: Magazinstr. 5, 10179 Berlin- Mitte

Aktenzeichen

58. [REDACTED].6

Bitte stets angeben

geboren am [REDACTED] in [REDACTED]

Schriftliche Verwarnung mit Verwarnungsgeld / Anhörung

Verwarnungen werden nicht im Verkehrszentralregister eingetragen.

Sehr geehrte Frau [REDACTED],

Ihnen wird vorgeworfen, am 26.06.2007, um 14:13 Uhr in 12165 BERLIN, Rothenburgstr. vor Hnr. 10 A.,
als Führer des PKW Opel, B-A [REDACTED] 0, folgende Ordnungswidrigkeit nach § 24 StVG begangen zu
haben:

Sie parkten im Bereich eines Parkscheinautomaten ohne gültigen Parkschein.
§ 13 Abs. 1, 2, § 49 StVO; § 24 StVG; 63.1 BKat

Beweismittel/Zeugen: Aussage Mitarbeiter/in Ordnungsamt, [REDACTED], [REDACTED]
ORDNUNGSAMT

Wegen dieser Ordnungswidrigkeit werden Sie hiermit verwarnt; es wird ein Verwarnungsgeld in Höhe von
5,00 EUR erhoben (§§ 56, 57 OWiG).

Die Verwarnung wird nur wirksam, wenn Sie mit ihr einverstanden sind und das Verwarnungsgeld
innerhalb einer Woche ab Zugang dieses Schreibens zahlen. Zur Zahlung verwenden Sie bitte den
beigefügten Zahlungsvordruck.

Bei allen Zahlungen oder Eingaben ist zur Bearbeitung die Angabe des Aktenzeichens unerlässlich.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

[REDACTED]

Bankverbindung: Landeshauptkasse Berlin, 10179 Berlin
Postbank Berlin Nr. 82102 Bankleitzahl: 10010010

001241

XXXXXXXXXX

xxxxxxxxxxxxxx, xxxxxxxxxxxxxxxxx 15, D-1xxxx Berlin

Ihres Zeichens
„*Polizeipräsident in Berlin*
Referat Verkehrsordnungswidrigkeiten und
Bußgeldeinzahlung“

12660 Berlin

Berlin, den 01.08.2007

Aktenzeichen: 58.xx.xxxxxx.6
Sachbearbeiterin: Frau Xxxxxxxxxx

Sehr geehrte Frau Xxxxxxxxx,

in dem mir von Ihnen mit o.g. Aktenzeichen zugesandten Entwurf für eine „*Schriftliche Verwarnung mit Verwarnungsgeld / Anhörung*“, welcher mir mit normaler Post am 25.07.2007 zugegangen ist, beschuldigen Sie mich einer Ordnungswidrigkeit.

Zunächst sei dazu angemerkt, daß ich zu dem angegebenen Zeitpunkt nicht in der Verfügungsgewalt des bezeichneten PKW war. Weiterhin bin ich nach den Papieren der Zulassung ausdrücklich nicht als Eigentümer des bezeichneten PKW ausgewiesen. Bereits aus diesen Gründen sehe ich keine Rechtsgrundlage für Ihr Ersuchen.

Sie beziehen sich in Ihrem Ersuchen weiterhin auf die so genannte „*StVO*“, „*StVG*“ und „*OWiG*“. Nach meinem Kenntnisstand sind diese so genannte „*Bundesgesetze*“. Ganz abgesehen von der durchaus interessanten Frage welcher „*Geheimbund*“ denn hier wohl gemeint sein könnte, gilt in Berlin spätestens seit Januar 1994 vollumfänglich der Besatzungsvorbehalt und das Besatzungsrecht. Damit ist die unmittelbare Anwendung von so genannten „*Bundesrecht*“ ausdrücklich untersagt. Bitte legen Sie mir, unter Beweiserbringung, das entsprechende Mantelgesetz des Magistrat von Groß Berlin vor. Alternativ können Sie mir auch ein entsprechendes Genehmigungsschreiben der vier Siegermächte vorlegen.

Weiterhin ist nach meinem Kenntnisstand im Einführungsgesetz zum „*OWiG*“ der Geltungsbereich gestrichen worden, was für mich die Rechtsunsicherheit schafft, daß ich nicht mehr mit Gewißheit weiß, wo den dieses „*OWiG*“ Anwendung finden darf und kann. Bitte legen Sie mir, unter Beweiserbringung dar, wie die entsprechende Rechtslage ist, damit ich mich entsprechend einrichten kann.

In Rahmen der so genannten Wiedervereinigung ist nach allgemeinem Glauben Groß Berlin wieder hergestellt worden und somit auch der Magistrat von Groß Berlin in die Rechtsnachfolge des Magistrats von 1946 getreten. Bitte belegen Sie mir diese Rechtsnachfolge mittels der von allen vier Siegermächten unterschriebenen Genehmigung dazu.

Wie für Jeden nachprüfbar ist, sind die „*BRD*“ und die „*DDR*“ nach wie vor Mitglieder in der UNO, was für mich einer angeblichen Wiedervereinigung entgegen steht. Damit stehen diese beiden Verwaltungsorgane, nach der noch immer bestehenden Feindstaatenklausel im Kriegszustand mit mir als Bürgerin des Deutschen Reichs. In welcher Position stehen Sie denn nun mir gegenüber? Sind Sie jetzt im Extremfall mit mir im Kriegszustand?

Wie Sie anhand dieser kurzen Ausführungen ersehen können, besteht für mich eine klare Rechtsunsicherheit und daher kann ich mein weiteres Vorgehen nicht verfassungsgemäß und Rechts konform einrichten. Dies wird durch Ihr Schreiben, welches keinerlei eindeutig amtliche und

rechtsverbindliche Merkmale, wie etwa eine Unterschrift aufweist, unterstrichen. So etwas ist heute von jedem PC aus erstellbar und kann von mir daher bestenfalls als ein Entwurf gedeutet werden. Entsprechende Urteile Deutscher Gerichte liegen genügend vor.

Aus meinem mir verfassungsmäßig zustehenden Rechtsschutz heraus, bitte ich Sie daher meine Fragen, in nachvollziehbarer Form zu klären. Bitte beachten Sie dabei auch die Ihnen zufallende Fürsorgepflicht einem jeden Bürger gegenüber.

Das mir von Ihnen zugesandte Schriftstück behalte ich als Beweismittel für eventuell erforderliche Strafmaßnahmen oder Schadensersatzforderungen ein.

Ich bedanke mich im Vorherein für Ihre Mühe und verbleibe mit freundlichen Grüßen.

Xxxxxxxxxxxxxxx

Anlagen: Auszug aus der Direktive 1067 (4 Seiten) welche seit spätestens 1994 wieder gültig ist

Dieses Schreiben ist, in Anlehnung an Ihre Gepflogenheiten, auch ohne Unterschrift rechtskräftig.

Der Polizeipräsident in Berlin
Referat Verkehrsordnungswidrigkeiten
und Bußgeldeinzahlung
Postanschrift
12660 Berlin



Der Polizeipräsident in Berlin, 12660 Berlin

58. [REDACTED] 6 K

Frau [REDACTED]

15

1 [REDACTED] Berlin

Auskunft erteilt: Frau [REDACTED]

Telefon: 030/4664-995 [REDACTED]

Telefax: 030/4664-995 [REDACTED]

E-Mail: (Hinweis: Ein Rechtsbehelf kann per E-Mail
nicht wirksam eingelegt werden.)
Bussgeldstelle@bowi.verwalt-berlin.de

Zimmernummer: [REDACTED]

Datum: 19.10.2007

Sprechzeiten:

Mo - Mi: 09:00 - 14:00 Uhr

Do: 12:00 - 18:00 Uhr

Fr: 09:00 - 12:00 Uhr

Dienstgebäude: Magazinstr. 5, 10179 Berlin- Mitte

Aktenzeichen

58. [REDACTED] 6

Bitte stets angeben

Kostenbescheid

Sehr geehrte Frau [REDACTED],

mit Ihrem Fahrzeug Opel, amtliches Kennzeichen: B-A [REDACTED] 0, wurde am 26.06.2007, um 14:13 Uhr in
12165 BERLIN, Rothenburgstr. vor Hnr. 10 A., folgende Ordnungswidrigkeit begangen:

Sie parkten im Bereich eines Parkscheinautomaten ohne gültigen Parkschein.
§ 13 Abs. 1, 2, § 49 StVO; § 24 StVG; 63.1 BKat

Das in dieser Sache anhängige Bußgeldverfahren ist eingestellt worden.

Ihnen werden als Halter/Beauftragter des Halters die Kosten des Verfahrens auferlegt (§ 25 a StVG), da die Feststellung des Führens
des Kraftfahrzeugs, der den Verstoß begangen hat, nicht vor Eintritt der Verfolgungsverjährung möglich war oder einen
unangemessenen Aufwand erfordert hätte.

Die Kosten des Verfahrens belaufen sich gemäß § 107 Abs. 2, 3 OWiG auf:

Gebühr	15,00 EUR
Auslagen	2,21 EUR
bereits gezahlt	0,00 EUR
<hr/>	
Gesamtbetrag	17,21 EUR

Im Auftrag
[REDACTED]

Rechtsbehelfsbelehrung und Zahlungsaufforderung siehe Rückseite

Bankverbindung: Landeshauptkasse Berlin, 10179 Berlin
Postbank Berlin Nr. 82102 Bankleitzahl: 10010010

000973

XXXXXXXXXXXXX, XXXXXXXXXXXXXXXX 15, D-1XXXX Berlin

Ihres Zeichens
„Polizeipräsident in Berlin
Referat Verkehrsordnungswidrigkeiten und
Bußgeldeinzahlung“

12660 Berlin

Berlin, den 31.10.2007

Aktenzeichen: 58.XX.XXXXXX.6 und 58.XX.XXXXXX.5
Sachbearbeiterin: Frau XXXXXXX und Frau XXXXXXX
„Kostenbescheid“

Sehr geehrte Frau XXXXXXX und Frau XXXXXXX,

in meinem Schreiben vom 08.10.2007 legte ich Ihnen dar, daß ich erhebliche Rechtsunsicherheit habe und ich bat Sie mir Ihr Handeln dahingehend zu belegen, das damit diesem Umstand abgeholfen wird. Dies haben Sie nicht getan und ich gehe davon aus, daß Sie nicht in der Lage sind mir gültige Gesetze vorzulegen. Die Begründung Ihrer Einstellung ist fadenscheinig und entspricht nicht den Tatsachen, denn ich habe Ihnen klar angezeigt, daß es meine Rechtsunsicherheit ist, welche mich mit der Preisgabe des Fahrers hadern ließ. Hier wurden offensichtlich Fehler von Ihrer Seite gemacht, für die Sie mich jetzt zur Kasse bitten wollen. Dieses Ersuchen muß ich daher zurück weisen, denn Sie haben nicht im geringsten Bezug auf mein Anschreiben genommen, was einer Bestätigung des Inhaltes gleich kommt.

Weiterhin haben Sie gegen Ihre eigenen Gesetze verstoßen, soweit diese noch in Geltung sein sollten. Aber auch ohne gültige Gesetze haben Sie gegen wesentliche Grundsätze des öffentlichen Dienstes verstoßen, denn es ist Ihre Pflicht, auf Ihnen zur Kenntnis gebrachte Zweifel zu ermitteln. Diese Ermittlungen hätten zweifelsfrei ergeben, daß Sie selbst gegen das Gesetz verstoßen oder besser ohne gesetzlich geltende Grundlage gehandelt haben. Damit sind Sie auf die Seite von Verbrechern gewandert und das in besonders heimtückischer Weise, denn Sie können sich nicht mit Unwissenheit herausreden. Als Bürgerin drücke ich hiermit meine Verachtung Ihnen gegenüber aus, denn es gibt wohl kaum etwas abscheulicheres als korrupte Gesetzeshüter die Unrecht begehen.

Es sei auch nicht unerwähnt, daß Sie in der selben Sache zwei verschiedene Verfahren angezettelt haben um mich zu übervorteilen. Auf der ganzen Welt ist es unzulässig für die selbe Sache doppelt zur Rechenschaft gezogen zu werden. Offenbar geht es hier nur um dumpfe Abzocke aus monetären Beweggründen. Das ist nicht akzeptabel.

Wie ich gerade in der Drucksache 706/07 des Bundesrates (Gesetzesbeschluss des Deutschen Bundestage) gelesen habe, wurde in der 118. Sitzung am 11.10.2007 das Zweite Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz, vom Bundestag angenommen. Damit wurde in Artikel 56 die Aufhebung des Einführungsgesetzes zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten beschlossen. Damit ist leider die Rechtsgrundlage für das OWiG entfallen und es stellt sich mir die Frage, wie Sie dann darauf fußend eine sogenannte Gebühr festlegen wollen?!

Damit ist für mich nicht mehr eindeutig erkennbar, wo dieses OWiG in Geltung gelangt ist.

„Die Konsequenzen auf die laufende Rechtsprechung sind, daß die Gesetze wegen

*Verstoßes gegen das Gebot der Rechtssicherheit ungültig und nichtig sind
(BVerwGE 17, 192 = DVBI 1964, 147)!*

*Jedermann muß, um sein eigenes Verhalten darauf einrichten zu können, in der
Lage sein, den räumlichen Geltungsbereich eines Gesetzes ohne weiteres feststellen
können.*

*Ein Gesetz das hierüber Zweifel aufkommen läßt, ist unbestimmt und deshalb
wegen Verstoßes gegen das Gebot der Rechtssicherheit ungültig (BVerwGE 17, 192
= DVBI 1964, 147).*

...

*Hierbei hat der Normgeber überdies zu beachten, daß sich eine derartige Norm in
aller Regel nicht an einen fachlich qualifizierten Personenkreis wendet, er mithin
nicht davon ausgehen kann, jedermann könne Karten oder Texte mit
überwiegendem juristischen Inhalt lesen (BVerwG a.a.O.).“*

So wie es für mich aussieht, haben Sie gerade Ihre wichtigste Einnahmequelle verloren. Auf Grund der Aktualität dieses Gesetzes können Sie natürlich noch nicht unbedingt davon informiert sein. Dies ist allerdings unerheblich, denn Ihnen war bekannt, daß das OWiG selbst keinen Geltungsbereich ausgewiesen hat aber selbst nach diesem verlangte. Weiterhin war Ihnen bekannt, daß es sich bei dem seit Jahrzehnten illegal in Berlin angewandten OWiG um ein Bundesgesetz handelte, was wegen dem Berlinvorbehalt der Siegermächte hier nie unmittelbar angewendet werden durfte.

Weiterhin ist Ihr sogenannter „Kostenbescheid“ ohne Rechtskraft, denn dazu fehlt eine rechtsverbindliche Unterschrift. Beschlüsse, Urteile wie auch Verträge jeglicher Art *müssen* zur Rechtskrafterlangung unterschrieben sein, weil nur die Unterschrift seine Herkunft verbürgt. Selbst im Kollegialgericht genügt die bloße Unterschrift des Vorsitzenden und Berichterstatters nicht (§ 129 Rn 8 ff BGH VersR S 6, 442, Karsr. Fam. RZ 99,45). Der Kostenbescheid, sollte er tatsächlich von einem legitimierten „*Der Polizeipräsident in Berlin*“ stammen, ist somit wegen der fehlenden Unterschrift lediglich als Entwurf zu betrachten.

Auch ein Handzeichen (Paraphe) ist keine hier ausreichende Unterschrift (§ 104 Rn 15, § 129 Rn 31, Namensabkürzungen (Paraphe), § 170 Rn, 10, § 216 Rn 12, § 317 Rn 8, BGH VersR 90, 673, Brdb Pfleger 98, 208, Köln Rpfleger 91, 198 (je Rpfl). Dies gilt auch bei einer Verfügung des Urkundsbeamten (Düss Rfz 89, 276). Bei einem Verstoß, einem nicht auszurottenden, aber wie in diesem Fall sehr gut nachvollziehbarem Übel, liegt rechtlich nur ein E n t w u r f vor. Üb 12 § 300, BGH NJR 80, 1167, Karin FamRZ 99 452 es setzt keine Notfrist in Lauf, BGH NJW 95, 933, auch keine andere Frist. Dann hilft auch kein Nichtabhilfebeschluß auf Beschwerde, Karsr Fam RZ 99, 452.

Wenn Sie also allen Ernstes einen Kostenbeschluß erstellen wollen, dann müssen Sie die dazu nötigen Rechtswege und Vorschriften einhalten. Ein rechtskräftiger Beschluß muß zwingend von einem Richter ausgefertigt werden. Eine Ausfertigung durch Sie würde faktisch die Gewaltenteilung aufheben und Sie ohne entsprechende Qualifikation in die Position eines Richters versetzen. Dies ist einer der schwersten Verstöße gegen eine demokratische Rechtsordnung, denn die Gewaltenteilung ist das wichtigste Merkmal einer tatsächlichen Demokratie. Ihr Vorgehen entspricht also der Anmaßung eines Richteramtes und stellt somit eine nicht unerhebliche Straftat dar.

Wie ich Ihnen bereits mitteilte, wurde bereits mit dem ersten Gesetz zur Bereinigung von Bundesrecht im Bereich des Bundesministeriums der Justiz die Rechtsgrundlage für das GVG, die ZPO und die StPO beseitigt. Damit ist in Verbindung mit dem rechtsunwirksamen Bonner Grundgesetz für die BRD, wegen dem fehlenden Geltungsbereich, jegliche BRD-Rechtsordnung beseitigt und wir sind faktisch in einer faschistoiden Parteidiktatur, welche ausschließlich auf Grundlagen von Gewaltanwendung funktioniert.

Aber in einem Land, wo eine Kanzlerin Merkel, von einer Gruppe Bilderberger bereits lange vor der Wahl und dann auch noch entgegen den tatsächlichen Mehrheiten in die Macht bestochen wurde und obendrein mit der selben Familie paktiert, mit der schon ein Adolf Hitler paktiert hat, da wundert mich nichts mehr. Es gehen schon Gerüchte um, daß hier sogar verwandtschaftliche

Bande zu der Rotschidsippe bestehen, was auch unserem Exkanzler Kohl, mittlerweile Milliardär, nachgesagt wurde. Es ist auch ein offenes Geheimnis, daß viele Nazigesetze bis heute in Anwendung sind und der sich jetzt aufbauenden Naziregierung zuarbeiten. Ich erinnere nur an das Rechtsberatungsgesetz, den gegen internationales Menschenrecht verstoßenden Anwaltszwang und die häufig praktizierte Verweigerung des Akteneinsichtsrechts für Betroffen oder die immer häufiger zu findenden Zwangspsychiatrie und Entmündigung. Das war zu Hitlers Zeiten eher weniger ausgeprägt als heute.

Es ist auch sicher kein Zufall, daß unmittelbar nach der Auflösung des Bundestages durch Herrn Köhler 2005, in Folge eines getürkten Mißtrauensvotums von Exkanzler Schröder, eine neue Naziregierung unter Leitung des neuen Reichskanzlers Noack, einem Ex-CDU Politiker errichtet wurde. Diese Reichsregierung ist unter dem Hakenkreuz tätig und wird nicht nur nicht sanktioniert, sondern auch noch durch BRD – Organe geschützt.

Friedrich Chef der Deutschen Polizei
> im Reichsministerium des Innern -
> vom geschäftsf. Reichskanzler berufen
>
> ML Berlin, 16. September 2007
>
>
> Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichskanzler hat sich in Anbetracht
> der besonderen Bedeutung die den Aufgaben der öffentlichen Sicherheit
> und Ordnung während des Aufbaues der institutionalisierenden Organe
> des Reichs zukommen, entschlossen, den seit dem Ableben des
> „Reichsführers SS und Chef der Deutschen Polizei“ Heinrich L. Himmler
> unbesetzt gebliebenen Posten wieder zu besetzen.
>
> Die Dienstbezeichnung wird, infolge staatsrechtlicher Veränderungen,
> anders als das Reichsgesetzbl.1936 I S.487 es vorgibt, als „Chef der
> Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern“ geführt,
> da die Schutzstaffel (SS) der Partei NSDAP nicht existiert und demnach
> ein Reichsführer SS ebenso wenig.
>
> Der Reichskanzler hat den erfahrenen, sich im Ruhestand befundenen
> aber nunmehr für das Reich tätigen Oberst Helmut H. Friedrich,
> der nach eigener Willensbekundung dem Deutschen Reich und zum
> Wohl des deutschen Volkes nach Maßgabe der Reichsgesetze zu dienen
> bereit ist, zum Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium
> des Innern ernannt.
>
> Quelle:
> *****
> http://www.state-of-germany.com/c468_mr_060806/cms/nachrichten/
>

Diese Veranstaltung wurde durch BRD-Polizisten nicht nur geschützt, trotz Hakenkreuz, sondern die BRD-Beamten gratulierten dem neuen Polizeichef der neuen Naziregierung auch noch zum Dienstantritt! Vielleicht wird Ihnen jetzt langsam klar, warum seit Oktober 2005 hunderte von BRD-Gesetzen aufgehoben wurden und sich gravierende Veränderungen ergeben haben. Hier werden Sie Zeugin eines Nazistaates, gegen den ein 3tes Reich nur ein harmloses Vorspiel war.

Sie und Ihresgleichen machen das erst möglich. Ihre Bequemlichkeit und Feigheit ist bereits jetzt die Ursache für tausendfach zerstörte Existenzen in unserem Land. Sie sind die Wegbereiter für die neue Weltordnung und diese wird noch viel Leid nach sich ziehen. Können Sie das wirklich mit Ihrem Gewissen vereinbaren? Machen Sie die Augen auf, die Nazis haben den Krieg nicht verloren, sondern die Welt erobert. Selbst am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte werden alte Nazigesetze in Anwendung gebracht (Beispiel:Rechtsanwaltszwang!). In den europäischen Menschenrechten ist die Todesstrafe legalisiert! Auf deutschem Boden stehen rund 250 000 Soldaten der Westsiegermächte, was mehr ist als im Irakkrieg eingesetzt wurde. Diese Soldaten werden zu 100% aus deutschen Steuergeldern bezahlt. Deutsche Soldaten sind derzeit in 40 Kriegseinsätzen im Kampf und sterben unter dem Oberkommando der NATO. In den USA

hat die Diktatur Bush die älteste Verfassung der Welt außer Kraft gesetzt und es werden Einkommenssteuern, ohne ein einziges diesbezügliches Steuergesetz, mit Gewalt aus den Menschen gepreßt. Ein Österreicher Arnold Schwarzenegger ist Gouverneur in einem amerikanischen Bundesstaat, wofür extra die Gesetze geändert wurden. Dieser zielt offenkundig auf den Posten des Präsidenten der USA und das erinnert sehr an einen anderen ambitionierten Österreicher, Adolf Hitler!

Diese Liste könnte ich noch ellenlang fortsetzen, aber ich fürchte, daß Sie dann noch mehr seelischen Schaden nehmen als bereits jetzt. Ich fordere Sie auf jegliche Beschwer von mir zu nehmen und sich Ihrer Position entsprechen zu benehmen. Sie arbeiten für unseren Staat und somit für mich und unterstehen dabei einzig und alleine Ihrem Gewissen. Eine Staatshaftung gibt es nicht mehr, denn der Staat von dem Sie glauben, daß er noch besteht, ist schon längst Vergangenheit. Sie haften für alles von Ihnen verursachte persönlich! Bedenken Sie, daß die Mauerschützen auch nie damit gerechnet haben einmal vor einem BRD-Gericht zu stehen. Die Zeiten ändern sich und das besonders im Angesicht des sich abzeichnenden, weltweiten Wirtschaftszusammenbruchs. Wie wollen Sie sich vor einem künftigen Nazigericht verteidigen?

Ihr gesamtes Verfahren ist ohne jegliche Rechtsgrundlage und ich weise dies daher vollumfänglich zurück, denn ein Rechtsweg steht mir faktisch nicht mehr zur Verfügung. Ohne Gesetze keine Strafe und kein Rechtsmittel.

XXXXXXXXXXXXXX

Anlagen: Auszug aus Drucksache 706/07 Bundesrates

Auszug aus Drucksache 16/5051 Deutscher Bundestag

Dieses Schreiben ist, in Anlehnung an Ihre Gepflogenheiten, auch ohne Unterschrift rechtskräftig.

Der Polizeipräsident in Berlin
Referat Verkehrsordnungswidrigkeiten
und Bußgeldeinzahlung
Postanschrift
12660 Berlin



Der Polizeipräsident in Berlin, 12660 Berlin

58. [REDACTED].6

Frau

[REDACTED]

[REDACTED] 15

1 [REDACTED] Berlin

Auskunft erteilt: Frau [REDACTED]

Telefon: 030/4664-995 [REDACTED]

Telefax: 030/4664-995 [REDACTED]

E-Mail: (Hinweis: Ein Rechtsbehelf kann per E-Mail
nicht wirksam eingelegt werden.)
Bussgeldstelle@bowi.verwalt-berlin.de

Zimmernummer: [REDACTED]

Datum: 05.11.2007

Sprechzeiten:

Mo - Mi: 09:00 - 14:00 Uhr

Do: 12:00 - 18:00 Uhr

Fr: 09:00 - 12:00 Uhr

Dienstgebäude: Magazinstr. 5, 10179 Berlin- Mitte

Aktenzeichen

58. [REDACTED].6

Bitte stets angeben

Rücknahme Kostenbescheid



Tattag: 26.06.2007
amtliches Kennzeichen: B-A [REDACTED] 0

Sehr geehrte Frau [REDACTED],
den gegen Sie erlassenen Kostenbescheid vom 19.10.2007 habe ich zurückgenommen, da es unbillig
ist, Ihnen die Kosten aufzuerlegen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

[REDACTED]